

Stellungnahme des Umweltinstitut München e.V.

## Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätengesetz

München, 5.5.2026

Ihr Ansprechpartner:

**Dr. Leonard Burtscher**  
Referent für Energie- und  
Klimapolitik

Umweltinstitut München e.V.  
Goethestr. 20, 80336 München  
Tel.: +49 89 307749-50

Mail: [lb@umweltinstitut.org](mailto:lb@umweltinstitut.org)  
[www.umweltinstitut.org](http://www.umweltinstitut.org)

Registrierter Interessenvertreter:  
R002226

*Das Umweltinstitut München bedankt sich für die Möglichkeit, die Novelle des Energieeffizienzgesetzes kommentieren zu können. Wir bedauern, dass die Frist für eine Stellungnahme abermals sehr knapp angesetzt ist.*

Wir lehnen das StromVKG in der jetzigen Form grundsätzlich ab, da das Gesetz die Nachfrageseite nicht adressiert und damit das europarechtlich gebotene Prinzip der „Efficiency First“ (Art. 3 EED) verletzt.

Um ökologisch schädliche und unwirtschaftliche Überkapazitäten zur Stromerzeugung zu vermeiden raten wir dringend davon ab, neue Gaskraftwerke auszuschreiben, nur um weiterhin Energieverschwendung im großen Maßstab zu ermöglichen.

Als Beispiel führen wir die – betriebs- wie volkswirtschaftlich unsinnige und ökologisch nicht zu rechtfertigende – Energieverschwendung im Industriesektor an. Eine von uns in Auftrag gegebene Studie der Hochschule Niederrhein<sup>1</sup> errechnete im Herbst 2025 ein wirtschaftliches Einsparpotential von Strom in Höhe von etwa 54 TWh pro Jahr. Sollte diese (verschwendete) Strommenge gleichverteilt sein über alle 8760 Stunden des Jahres, entspräche dies einer „Verlustleistung“ von etwa 6 GW und damit einem Großteil (66%) der nach §4 StromVKG für Ende dieses Jahres vorgesehenen Ausschreibungen – alleine im Industriesektor; weitere Effizienzgewinne im Strombereich sind in allen anderen Sektoren zu finden, z.B. bei der Umsetzung energieeffizienter Beleuchtung. Nach Zahlen von Signify betrug das Strom-Einsparpotenzial alleine durch effiziente Beleuchtung in Deutschland 40 TWh jährlich.<sup>2</sup> Dies entspricht einer Dauerleistung in Höhe von ca. 4,5 GW. Da Beleuchtung aber ganz

---

<sup>1</sup> „Energie im Wert von 29 Milliarden Euro verschwendet“:

<https://umweltinstitut.org/energie-und-klima/meldungen/energie-im-wert-von-29-milliarden-euro-verschwendet/>

<sup>2</sup> IEA Energy Efficiency 2022, <https://www.iea.org/reports/energy-efficiency-2022>

besonders im Winter benötigt wird, wäre die Auswirkung auf die benötigte flexible Leistung noch größer.

Effizienzgewinne lassen sich in der Regel schneller realisieren als neue Gaskraftwerke – es wäre daher nicht nur europarechtlich geboten, sondern auch wirtschaftlich und pragmatisch die bessere Option, zunächst unwirtschaftliche Stromverluste abzustellen, bevor neue Kraftwerke ausgeschrieben werden.

**Wir fordern daher mindestens eine Analyse dieser nachfrageseitigen Instrumente vor der ersten Ausschreibung neuer Stromerzeugungskapazitäten, wie europarechtlich geboten. Diese Analyse muss mit einer öffentlichen, transparent einsehbaren Prüfung einhergehen.**

Interessant ist aber auch die Kostenbetrachtung: Alleine die Einsparungen im Industriesektor (54 TWh/a) sind bei dem in der Studie angenommenen Strompreis (181 €/MWh) etwa 10 Mrd. € Einsparung pro Jahr. Das Einsparpotential elektrischer Energie zählt großteils zu den marktnahen Einsparmöglichkeiten. Es geht hier daher um Investitionen in Höhe von etwa 30 Mrd. €. Die Investition hätte sich also bereits nach drei Jahren amortisiert. In der Folge profitierte die Industrie jährlich von einer Kostenersparnis in Höhe von 10 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der lang ersehnte Industriestrompreis erlaubt lediglich Einsparungen in Höhe von gut 1 Milliarde Euro pro Jahr.

Besonders pikant: Die Kosten für 9 GW neue Gaskraftwerke (geplante Ausschreibungen 2026) dürften bei etwa 12 Mrd. € liegen<sup>3</sup>.

Mit diesem Geld ließen sich aber auch Effizienzverbesserungen in dieser Höhe anregen<sup>4</sup>, die schneller umsetzbar wären, zu einer

---

<sup>3</sup> Kurzanalyse des FÖS im Auftrag des BUND (4/25):

[https://foes.de/publikationen/2025/2025-04\\_FOES\\_BUND\\_Kraftwerkskosten.pdf](https://foes.de/publikationen/2025/2025-04_FOES_BUND_Kraftwerkskosten.pdf)

<sup>4</sup> Evaluationsbericht der Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft, 2022,

[https://www.bfee-online.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/BfEE/DE/Energiedienstleistungen/231212\\_evaluation\\_2022\\_eew.html](https://www.bfee-online.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/BfEE/DE/Energiedienstleistungen/231212_evaluation_2022_eew.html) Über den Zeitraum 2019-2022 wurden 1,7 Mrd € an staatlichen Fördermitteln bezahlt und lösten insgesamt Investitionen in Höhe von 6 Mrd. € aus (4,3 Mrd. € davon private Mittel).

deutlichen Emissionssenkung führen würden und gleichzeitig zu Wertschöpfung im deutschen Mittelstand führen würden.

Im Sinne einer **kosteneffizienten Energiewende** fordern wir Sie daher dringend dazu auf, einen Weg zu finden, um die wirtschaftlichen Energie-Effizienzpotentiale endlich umfänglich zu heben. Ordnungsrechtlich wäre dies mit Regelungen wie in der EnSiMiMaV möglich oder alternativ durch eine Umsetzungsverpflichtung für wirtschaftliche Einsparmaßnahmen im derzeit ebenfalls verhandelten EnEfG. Ebenfalls wäre eine sofortige Ausschreibung für Energieeffizienz- und Nachfragesteuerungsmaßnahmen nach § 53 EnWG möglich.

Um das Heben der Effizienzpotentiale für die Wirtschaft attraktiv zu machen, wäre alternativ auch ein Konstrukt denkbar, in dem alle – in den Audits und EMS nach EDL-G / EnEfG identifizierten – wirtschaftlichen Energieeinsparmaßnahmen vollständig staatlich finanziert werden. Dies kann aber nur unter der Bedingung geschehen, dass dies entweder gesetzlich verpflichtet wird oder aber wirtschaftlich stark incentiviert wird. Möglich wäre es dazu etwa, nach einer kurzen Übergangszeit von etwa drei Jahren, sämtliche Energiepreisvergünstigungen auf denjenigen Teil des Stromverbrauchs zu streichen, der nach Energie-Audits bzw. EMS als wirtschaftliche Sparmaßnahme identifiziert worden ist.

Ein solcher Pakt für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hätte nur Gewinner: die Wirtschaft könnte ihre Anlagen ohne eigene Investitionen auf den neuesten Stand bringen, damit Energiekosten sparen und Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, der Bund spart sich nicht nur den Bau neuer Kraftwerke, sondern auch sämtliche damit verbundene Folgekosten wie Gasbeschaffung und Netzausbau. Und nebenbei wird auch noch ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet, denn die geplanten Gaskraftwerke wären auf absehbare Zeit mit hohen klimaschädlichen Emissionen verbunden<sup>5</sup>.

---

<sup>5</sup> Da grüner Wasserstoff absehbar knapp bleibt, wird in den neuen Kraftwerken voraussichtlich auf lange Zeit als LNG importiertes fossiles Gas verbrannt werden. Dieses ist – inklusive der Betrachtung der Vorkette – so schädlich wie die Kohleverbrennung.  
<https://scijournals.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/ese3.1934>